



Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 27. Juni 2024

Bericht des VBS zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Schreiben vom 8. April 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Bericht über die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Bestrebungen, Frauen einen gleichwertigen vertieften Einblick in die Möglichkeiten und Chancen von Armee und Zivilschutz zu ermöglichen und den Anteil an Frauen im Militärdienst und insbesondere in Führungspositionen der Armee zu erhöhen, wird sehr begrüsst. Insbesondere werden die Empfehlungen 4 und 5, die darauf abzielen, den Bedürfnissen interessierter Frauen Rechnung zu tragen und ihre Fragen in einem geschützten Rahmen beantworten zu können, unterstützt. Ebenfalls wird das Konzept «Sicherheit macht Schule» (Empfehlung 2) begrüsst, da auf diese Weise das Bewusstsein für Sicherheit grundsätzlich geschärft werden kann.

Auch die Einführung eines obligatorischen Orientierungstages (Empfehlung 1) wird unterstützt. In Anbetracht dessen, dass der Bericht als primäres Ziel die Durchsetzung des Rechts auf gleichwertigen vertieften Einblick in die Möglichkeiten und Chancen des Militärs oder Zivilschutzes nennt, dürfte sich die Einführung einer Disziplinarbusse für Schweizerinnen bei Nichtteilnahme am Orientierungstag allerdings als unverhältnismässig erweisen.

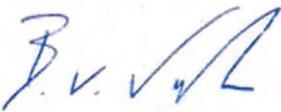
Betreffend die finanziellen Auswirkungen wird schliesslich die Ansicht vertreten, dass ein lediglich teilweiser Ausgleich der Mehrkosten und Mitfinanzierung der zusätzlichen Stellen nicht ausreichend ist, zumal mit bedeutenden, zum Teil noch nicht bezifferbaren Mehrkosten zu rechnen ist und die Ausdehnung der Pflicht zur Teilnahme zum Orientierungstag auf Schweizerinnen primär im Interesse des Bundes liegt. In Anbetracht dessen, dass das Militärwesen eine Bundesaufgabe darstellt, sollten die Mehrkosten ausschliesslich durch den Bund getragen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Susanne Hartmann
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
gerhard.saladin@gs-vbs.admin.ch